



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at
www.facebook.com/WWFOesterreich

An:

Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler

Erght via E-Mail an sebastian.kurz@bka.gv.at & werner.kogler@bmkoes.gv.at

Wien, am 9. Juli 2020

Wichtige Weichenstellungen für Klima und Umwelt beim Europäischen Rat am 17. und 18. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Der Europäische Rat wird demnächst zusammenkommen, um unter anderem über das EU-Konjunkturpaket und den EU-Haushalt zu diskutieren. Als anerkannte Umweltschutzorganisation möchten wir im Vorfeld drei zentrale Punkte ansprechen, für die sich die Bundesregierung auf allen europäischen Ebenen einsetzen sollte:

- **Die Notwendigkeit, das zu niedrige Klimaausgabenziel von 25 Prozent des EU-Haushalts insgesamt deutlich zu erhöhen und auszuweiten.**
- **Die Notwendigkeit, das "do no harm"-Prinzip des European Green Deal wirksam im EU-Haushalt und in den Konjunkturpaketen umzusetzen.**
- **Die Notwendigkeit, dass die Konjunktur- und Resilienzpläne jedes Mitgliedstaates systematisch zum klima- und naturverträglichen Neustart nach der Coronakrise beitragen, um krisensichere Arbeitsplätze zu schaffen.**

Die Europäische Kommission hat den Green Deal als "Motor des Aufschwungs in Europa" bezeichnet und 19 EU-Regierungen - darunter auch Österreich - haben dies explizit unterstützt. Zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlaments, Wissenschaftler*innen, Nichtregierungsorganisationen, hunderte Stimmen aus Wirtschaft und Politik, von Energieunternehmen bis zu Finanzinstitutionen, unterstützen den Green Deal ebenfalls massiv. Jetzt gilt es, all diesen Vorsätzen konkrete Taten folgen zu lassen. Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise braucht es ein resilienteres Europa, das die doppelte Bedrohung durch die Klimakrise und den Verlust der biologischen Vielfalt bewältigen kann. Erst vor kurzem hat das UN-Umweltprogramm davor gewarnt, dass die Folgen der Naturzerstörung und der Klimakrise neue Pandemien wahrscheinlicher machen, wenn nicht gegengesteuert wird.

In den Verhandlungen zum EU-Haushalt ist derzeit vorgesehen, dass 25 Prozent des EU-Haushalts und des Wiederaufbau-Pakets klimafreundlich gestaltet werden sollen. Dies steht aber nicht im Einklang mit dem Green Deal, der weit mehr Ambition und einen breiteren Umweltansatz erfordert. Das derzeit geplante Ausgabenziel steht zudem im Widerspruch zur bevorstehenden Erhöhung des EU-Klimaziels für 2030 sowie zum Netto-Null-Emissionsziel der Europäischen Union bis 2050. **Daher schlagen wir vor, dass zumindest 50 Prozent des EU-Haushalts und des Wiederaufbau-Pakets sowohl dem Klima als auch der Umwelt zugutekommen müssen. Genau das hat auch die Europäische Investitionsbank bereits zugesagt.**



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Keine Subventionen für fossile Energien

Ergänzend dazu muss das wichtige "do no harm"-Prinzip des European Green Deal umgesetzt werden. Fossile Energien dürfen weder über den EU-Haushalt noch mit den geplanten Konjunktur- bzw. Wiederaufbaupaketen unterstützt werden. Naturverträglich erzeugte erneuerbare Energiequellen sind in Kombination mit Energieeffizienzmaßnahmen bereits mit Erdgas konkurrenzfähig und in vielen Regionen sogar kostengünstiger. Zudem zeigt eine Analyse der „Carbon Tracker Initiative“¹, dass 60 Prozent der Gasvorkommen in der EU bis 2030 aufgrund der sinkenden Kosten für Erneuerbare Energien und Stromspeicherung sowie aufgrund einer verschärften Klimapolitik in die Kategorie „stranded assets“ fallen werden. Ein weiteres Beharren darauf wäre somit nicht nur aus klimapolitischer Sicht falsch, sondern auch finanziell sehr teuer. Wir fordern daher, dass der gesamte Sektor der fossilen Brennstoffe ausdrücklich von jeder finanziellen Unterstützung ausgeschlossen wird. Als absolutes Minimum müssen alle potenziell umweltschädlichen Projekte, die durch den EU-Haushalt und das Konjunktur- bzw. Wiederaufbaupaket unterstützt werden, den Taxonomie-Kriterien entsprechen. Dies sollte bereits mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung beginnen, der sich im Trilog-Stadium befindet.

Darüber hinaus müssen die von den Mitgliedstaaten zu entwickelnden Konjunktur- und Resilienzpläne, die den Zugang zu europäischen Mitteln ermöglichen sollen, systematisch zu einem klima- und naturverträglichen Neustart nach der Coronakrise beitragen. Der derzeitige Vorschlag der Kommission greift viel zu kurz und würde mehrere Schlupflöcher ermöglichen. Stattdessen muss jedes Konjunkturprogramm konsequent dem "do no harm"-Prinzip folgen und explizit vorsehen, dass mindestens 50 Prozent der Mittel dem Klima und der Umwelt zugutekommen, was neue, langfristig sichere Arbeitsplätze schaffen würde. Sowohl die Entwürfe als auch die endgültige Fassung dieser Pläne müssen partizipativ entwickelt werden und transparent auf einer öffentlich zugänglichen Plattform einsehbar sein.

In diesem Sinne würden wir uns sehr freuen, wenn diese Empfehlungen in den Positionen der Bundesregierung berücksichtigt werden und Österreich „in Europa zum Vorreiter für Klimaschutz“ wird, wie es im Regierungsprogramm festgeschrieben ist.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Johanides
Geschäftsführerin WWF Österreich

¹ Carbon Tracker, 2020. <https://carbontracker.org/reports/absolute-impact/>